

Bezirksbürgermeisterin Dr. Franziska Giffey initiierte Gesprächsrunde zur Zukunft der Brunnengalerie

Zum Montag, dem 26. Juni 2017 hatte Bezirksbürgermeisterin Dr. Franziska Giffey (SPD) in die Grundschule am Fliederbusch zu einem "Runden Tisch" mit dem Staatssekretär für Umwelt- und Klimaschutz Stefan Tidow zum Thema Grundwasser im Blumenviertel gebeten. An Giffey's Seite stand Neuköllns Stadtrat für Stadtentwicklung Jochen Biedermann für Fragen bereit. Eingeladen waren unter anderem Anwohner, Vertreter aus dem Berliner Abgeordnetenhaus, Neuköllner Bezirksverordnete der Parteien, Jens Feddern, Leiter Wasserversorgung der Berliner Wasserbetriebe, der Präsident Peter Ohm und Monika Rassek vom Verband Deutscher Grundstücksnutzer sowie die Bundestagsabgeordneten Dr. Fritz Felgentreu (SPD) und Christina Schwarzer (CDU). Vor dem Gespräch traf sich die Gruppe zu einem Rundgang durch das Blumenviertel, um sich einen Eindruck von Schäden an Kellerräumen durch Grundwasser zu verschaffen. In dem Gespräch in der Fliederbusch Grundschule erklärte Staatssekretär Stefan Tidow den Bewohnern des Blumenviertels, die von verhassten Kellern betroffen sind, das Angebot, dass der Berliner Senat auf Senatskosten die Hebebrunnengalerie im Glockenblumenweg über den 31. Dezember 2017 hinaus



© Foto: Stephanus Parmann

Dr. Franziska Giffey (3.v.l.) und Dr. Fritz Felgentreu (1.v.l.) mit Herrn Langer (re.) bei einer Kellerbegehung

weitere drei Jahre betreibe. Dies unter der Bedingung, dass sich die Betroffenen in einem Verband/Zweckverband zusammenschließen, um später selbst eine Hebebrunnenanlage zu ihrem Schutz zu betreiben. Dafür sollen sie bis Ende 2017 eine Absichtserklärung zur Gründung eines Verbandes beziehungsweise Vereins abgeben. Bis Ende 2018 soll die Gründung des Verbandes abgeschlossen sein. Bis Ende 2019 sollten Planungen für den Neubau dieser Hebebrunnenanlage vorliegen und bis Ende 2020 der Abschluss der neuen Anlage vollzogen sein, sodass die Anlage in Betrieb gehen kann. Die neue Brunnenanlage im Blumenviertel müsse also vom Zweckverband der Betrof-

fenen finanziert, errichtet und betrieben werden. Einige Anwohner und Betroffenen nannten das Angebot des Staatssekretärs "Erpressung". Andere wiederum, wie ein junger Mann, begrüßten das Angebot zur Selbsthilfe und Privatfinanzierung, weil es "Licht am Horizont bringe". Auf den Vorwurf, dass hier "Erpressung" vorliege, gab Staatssekretär Stefan Tidow mit Blick auf die Reihe der anwesenden Politiker der CDU zu bedenken, dass es bei den politischen Parteien im Senat keine Mehrheiten für eine Lösung gab bzw. gäbe, die vorsehe, dass das Land Berlin sich dazu verpflichte, in seinem Gebiet per Gesetz durch siedlungsverträgliche Grundwasserstände für trockene Keller zu

sorgen. Darauf herrschte auf Seiten der CDU, die mit dem Leiter der Arbeitsgruppe Grundwasser, Alexander J. Herrmann, der Bundestagsabgeordneten Christina Schwarzer, dem Neuköllner Fraktionsvorsitzenden Gerrit Krügel, dem Vorsitzenden der Mittelstandsvereinigung Neukölln Olaf Schenk und dem Kreisvorsitzenden Falko Liecke vertreten war, betretenes Schweigen.

Im Vorfeld dieses von Bezirksbürgermeisterin Dr. Franziska Giffey initiierten "Runden Tisches" wurden Bewohner des Blumenviertels am 28. April des Jahres von der Senatsumweltverwaltung zu einem dreistündigen Gespräch mit Experten eingeladen. Vorgestellt wurden Ergebnisse des "Pilotprojekts Blumenviertel", für das sich der Rudower CDU Abgeordnete Hans-Christian Hausmann und der Leiter der Arbeitsgruppe Grundwasser in der CDU Alexander J. Herrmann den Erfolg zuschrieben. Allerdings hatten sie gemeinsam mit dem Koalitionspartner SPD beschlossen, jeweils 150.000 Euro für die Jahre 2014/2015 für die Pilotprojekte Blumenviertel, Boxhagener Platz und Friedrichshain (Gewerbe) bereitzustellen. Im Rahmen des Pilotprojekts Blumenviertel untersuchten danach im Auftrag des Umweltsenats Gutachter die geologische Beschaffenheit des Gebiets und suchten nach der



Stephanus Parmann

Jens Feddern von den Berliner Wasserbetrieben (li.) gab Erläuterungen zum Wasserwerk Johannisthal Abgeordneter Georg P. Kössler, B'90/Die Grünen (2.v.l.) und Peter Scharmberg (3.v.l.) der SPD Fraktion Neukölln

wirtschaftlichsten Lösung für die Bewohner zum Schutz ihrer Häuser und Grundstücke. So kamen die Gutachter auf der Grundlage der geologischen Beschaffenheit im Pilotgebiet Blumenviertel zu dem Schluss, dass eine zentrale Anlage die kostengünstigste Variante für die betroffenen Hauseigentümer darstellt. Dabei lägen die Betriebskosten für eine solche effizient arbeitende Anlage im Normalbetrieb bei 93,00 Euro pro Jahr/pro Mitglied einer Betreibergruppe, wenn 1.500 Mitglieder zusammenkommen. Wenn nur 500 Mitglieder eine solche Anlage betreiben, würden Kosten in Höhe von 280,00 Euro pro Jahr zu zahlen sein. Das sind 23,30 Euro im Monat pro Haus. Bei einem Betrieb der zentralen Anlage bei höchstem Grundwasserstand kämen Kosten in Höhe von 167,00 Euro Jahresbetrag auf den einzelnen zu, wenn die Betreibergruppe der Anlage 1.500 Mitglieder hätte. Bei lediglich 500 Mitgliedern wären es 502,00 Euro jährlich pro Mitglied (41,83 Euro/Monat bei Dauer-Extrembedingungen). Dazu muss man wissen, dass die Sprecher der Betroffenen im Blumenviertel, Klaus Langer und Wolfgang Widder, von weitaus mehr Betroffenen ausgehen: Sie nennen die Zahl von 4.000 Wohnbauten. Außerdem sind sie der Überzeugung, dass sich das Land Berlin im Rahmen der Daseinsvorsorge um siedlungsverträgliche Grundwasserstände kümmern muss. Dabei berufen sie sich auf den §37a des Berliner Wassergesetzes "Öffentliche Wasserversorgung". Dieser allerdings spreche nicht von der Schaffung siedlungsverträglicher Grundwasserstände, mit Hilfe derer nicht fachgerecht abgedichtete Keller auf Kosten der Allgemeinheit durch Grundwassermanagement vor Schäden bewahrt werden müssen, argumentiert die Senatsverwaltung. Sie verweist darauf, dass es für Hauseigentümer im Sinne des §13 der Bauordnung für Berlin (BauO Bln) unabdingbar sei, die Gebäudesicherheit gegen Grundwasserstände durch eine fachgerechte Abdichtung der Keller zu gewährleisten, auch um die Keller für sich zu

nutzen. Tatsächlich geht es im besagten Paragraph 37a nicht um die Herstellung siedlungsverträglicher Grundwasserstände, sondern um "die Gewinnung von Wasser für die öffentliche Wasserversorgung Berlins". Im Rahmen dieser kann, so der §37a im Punkt 5, "unter Festsetzung von Bedingungen und Auflagen des Inhalts zugelassen werden, erstens einen bestimmten Grundwasserstand im Fördergebiet sicherzustellen, soweit dies durch die Gewinnung beeinflussbar ist". Zweitens findet im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen im Altlastengebiet des Ökologischen Großprojektes Berlin auch in Rudow im Blumenviertel eine Grundwasserabsenkung statt, die den Hausbesitzern hilft. Daran beteiligt ist auch das Wasserwerk Johannisthal im Rahmen der Altlastensanierung. Auf Grund sinkenden Wasserbedarfs verringerte sich hier die Grundwasserförderung der Wasserwerksgalerien in den Nachwendejahren deutlich, sodass 2001 die Trinkwassergewinnung vorübergehend eingestellt wurde. Das Wasserwerk Johannisthal ist derzeit Bestandteil des Masterplans Berlin, der bis Mitte 2018 vorliegen soll. Bis 2022 soll das neue Wasserwerk wieder ans Netz gehen. Die Fördermengen lägen aber nur in einem Bereich bis maximal 15.000 Kubikmeter Grundwasser pro Tag, so Jens Feddern.

Um die Investitionskosten in Höhe von 2 Mio. Euro für den Bau einer neuen Hebebrunneanlage zu stemmen, hat Staats-

■ Verantwortung heißt anpacken Für den Bürger mit dem Bürger



FRAKTION
NEUKÖLLN

SPD

Das starke Team im Rathaus
für alle Neuköllnerinnen
und Neuköllner

Karl-Marx-Straße 83
12040 Berlin
Tel. 90 239 - 24 98
Fax 90 239 - 35 42
fraktion@spd-neukoelln.de

SPD-Fraktion
in der Bezirks-
verordnetenversammlung
Berlin-Neukölln

sekretär Stefan Tidow den Betroffenen im Blumenviertel in Aussicht gestellt, dass die Investitionsbank Berlin (IBB) hier unterstützend wirken könne. Geprüft werden solle auch, ob es Möglichkeiten gibt, Fördermittel für den Bau einer modernen Anlage zu bekommen. Außerdem verprach Staatssekretär Stefan Tidow, dass die Senatsverwaltung den Bürgern beratend zur Seite steht. Ein erster Schritt dazu ist, dass die Senatsverwaltung Briefe mit Fragen versendet, um im Gebiet des Pilotprojekts die Bereitschaft zum Beitritt zu einem Zweckverband zu erfragen. Der Bezirk hat hier keine Zuständigkeit. Bezirks-

bürgermeisterin Dr. Franziska Giffey aber will nun "weitere Gespräche mit der Senatsverwaltung und auch im Bezirksamt führen, um Möglichkeiten für eine Lösung zu finden". Auch die Sprecher der Betroffenen im Blumenviertel werten den von Dr. Franziska Giffey einberufenen "Runden Tisch" als Fortschritt. "Wir begrüßen den ersten Erfolg", heißt es in einem Fazit von Langer und Widder. Allerdings wolle man den Fragebogen der Senatsverwaltung abwarten, um dann Schlüsse zu ziehen". Danach wird es, so Dr. Franziska Giffey, eine zweite Gesprächsrunde geben.

Stephanus Parmann



Dr. Franziska Giffey (re.) initiierte und moderierte den Runden Tisch mit den Anwohnern, Staatssekretär Stefan Tidow (2.v.l.) Senatsverwaltung für Umwelt und Klimaschutz vertrat die Interessen der Senatsverwaltung